Die Umdeutung der Demokratie

Everhard Holtmann ist Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) und Projektleiter des Kompetenzzentrums soziale Innovation des Landes Sachsen-Anhalt. Bis 2012 hatte er den Lehrstuhl für Systemanalyse und Vergleichende Politik an der Universität Halle-Wittenberg inne.

Everhard Holtmann (Hg.)

Die Umdeutung der Demokratie

Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland

Mit Beiträgen von Matthias Brachert, Oscar W. Gabriel,
Rebekka Heyme, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck,
Aya Isabel Kleine und Jürgen Maier

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51115-3 Print
ISBN 978-3-593-44237-2 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-44236-5 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2019 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlagmotiv: www.shutterstock.com
Satz: DeinSatz Marburg | tn
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

1. Einleitung	13
-------------------------	----

Aya Isabel Kleine und Rebekka Heyme

2. »Unzufriedenheit in Ostdeutschland« als medial vermittelte Botschaft	17
2.1 Vorbemerkung	17
2.2 Methodik und Vorgehensweise	18
2.3 Ergebnisse der inhaltlichen Auswertung	18
2.3.1 Schwerpunkte der Berichterstattung bei Bundestags- und Landtagswahlen 2013 bis 2017	18
2.4 Ostdeutschland als Thema der Wahlberichterstattung	20
2.4.1 Variante 1: ohne regionale Differenzierung	21
2.4.2 Variante 2: deskriptive Erwähnung (sub)regionaler räumlicher Einheiten	21
2.4.3 Variante 3: inhaltliche Reflexion regional unterschiedlicher Wahlergebnisse	22
2.4.4 Variante 4: Wahlergebnisse der Protestpartei AfD im Osten Deutschlands	22
2.5 Wahlverhalten als Ausdruck von Unzufriedenheit in Ostdeutschland?	24
2.5.1 Die AfD als bevorzugte Protestwählerpartei	24
2.5.2 Landtagswahlen als Vorboten bundespolitischer Protestthemen	26
2.5.3 Wahl der AfD aufgrund politischer Überzeugung	27

2.6	Beweggründe von Unzufriedenheit in Ostdeutschland	28
2.6.1	Politische Entfremdung: das Gefühl, nicht wahrgenommen zu werden	28
2.6.2	Angst vor Kultur- und Identitätsverlust	29
2.6.3	Wahrgenommene Verschlechterung des Lebensumfelds	31
2.6.4	Subjektive Deprivationserfahrungen	32
2.7	Fazit	33

Tobias Jaeck

3.	Die »langen Wellen« im Entwicklungsverlauf von politischer Partizipation in Ostdeutschland von 1990 bis zur Gegenwart	35
3.1	Ausgewählte Studien für Sekundäranalysen zur Einstellungsforschung (einschließlich Metaanalyse und Metatrend-Identifizierung)	35
3.2	Meta-Datenanalyse politischer Partizipation	39
3.2.1	Demokratievertrauen und politische Einstellungen	40
3.2.2	Partizipationsindikatoren im Zeitverlauf	49
3.3	Zwischenfazit	55

Everhard Holtmann

4.	Politische Partizipation und Effekte des Lebensumfelds	57
4.1	Zum Aufbau des Kapitels	57
4.2	Was kennzeichnet ein Lebensumfeld? Begriffsbeschreibung	61
4.3	Klassische Untersuchungsansätze und ihr aktueller Erklärungsgehalt	63
4.3.1	Lokale Vergemeinschaftung und Demokratie von unten – Aussagen in der Wissenschaftsgeschichte zur Inzidenz lokaler Lebenswelten	63

4.3.2 Soziografie, Sozialmilieu, Cleavage – drei erprobte Untersuchungsansätze und ihre aktuelle Bedeutung	64
4.4 Das Lebensumfeld als sozialräumliche Umgebung	72
4.5 Gleiches Umfeld, gleiche Partizipation? Fragen an die Literatur	77
4.5.1 Das Jenaer Erklärungsmodell der psychosozialen Bewältigung von Umbruchserfahrungen	77
4.5.2 Welche Gemeinden beherbergen welche Beteiligungspotentiale? Eine spezielle Gemeinde- typologie für ein ostdeutsches Bundesland.	80
4.5.3 Parteifreie lokale Wählergemeinschaften: Schließung einer Repräsentationslücke auf kommunaler Ebene	84
4.5.4 Lokale Lebensumfelder und Direkte Demokratie – kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide . .	88
4.6 Nichtwählen als Ausdruck negativer Partizipation – auch ein Effekt des Lebensumfelds	90
4.7 Lebenslagen und Neigungen zu Rechtspopulismus	99
4.7.1 Risikowahrnehmungen als Teil der Arbeitswelt	99
4.7.2 Die Protestbewegung Pegida: im Lebensumfeld mobilisierte Empörung	101
4.7.3 Sozialräumliche Bestimmungsfaktoren der Wahl der AfD	103
4.8 Zwischenfazit	106

Everhard Holtmann

5. Umbruchs- und Transformationserfahrungen als Einflussgrößen für politische Partizipation	109
5.1 Zum Aufbau des Kapitels	109
5.2 Erwartungen an den Staat in Zeiten des Systemwechsels – historisch vergleichende und systematische Anmerkungen	110

5.3	Wohlfahrtsstaatlichkeit	111
5.4	Unbegrenzte Fürsorge? Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat und Einschätzung seiner Leistungsfähigkeit.	113
5.5	Reform des Wohlfahrtsstaats und Reformakzeptanz der Bürger.	116
5.6	Systemvertrauen und das traditionelle Krisenreaktionsmuster.	118
5.7	Der doppelte Transformationsschock und seine psychologischen Langzeitfolgen: kumulierte Umfeld-Effekte auf Partizipation nach 1990 und nach der globalen Krise von 2008/09	119
5.7.1	Die »entsicherte Gesellschaft« und der umbruchsbedingte erste Transformationsschock – ein Legat der Transformation.	119
5.7.2	Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 – zweiter Impuls des doppelten Transformationsschocks.	121
5.8	Gleichheit, Sicherheit, Gerechtigkeit – sozialmoralische Anforderungen an wohlfahrtsstaatliches Handeln	130
5.8.1	Gleichheit	131
5.8.2	Gerechtigkeit.	133
5.8.3	Sicherheit	138
5.9	Zwischenfazit	140

Oscar W. Gabriel

6.	Politische Partizipation im ausgehenden dritten Jahrzehnt des vereinigten Deutschland	143
6.1	Das Partizipationssystem Deutschlands im Umbruch?	143
6.2	Politische Partizipation: das Konzept	147
6.3	Motive politischer Partizipation: Annahmen und Randbedingungen	148
6.3.1	Erklärungsansätze und Hypothesen	150

6.3.2 Zum Wandel partizipationsbezogener Einstellungen in Deutschland	155
6.4 Nichtwahl und Protestwahl: Verändert sich die Bedeutung des Wählens in der Demokratie?	158
6.4.1 Wahlbeteiligung als Form politischer Partizipation . .	158
6.4.2 Wahlbeteiligung, Nichtwahl und Protestwahl in Deutschland: die Verhaltensmuster	160
6.4.3 Wahlbeteiligung, Nichtwahl und Protestwahl: der soziale Hintergrund	164
6.4.4 Politische Einstellungen und die Nutzung des Stimmrechts	170
6.4.5 Wie wirken die kulturellen Bestimmungsfaktoren der Nichtwahl und der Protestwahl zusammen?	179
6.4.6 Ein Funktionswandel der elektoralen Beteiligung?	185
6.5 Traditionelle und neue Beteiligungsformen: Online- und Offline-Partizipation im Vergleich	187
6.5.1 Offline- und Online-Partizipation: Herausforderungen bei der Einordnung	191
6.5.2 Struktur und Verbreitung von Online- und Offline-Partizipation in Deutschland	192
6.5.3 Bestimmungsfaktoren der Online- und Offline-Partizipation in Deutschland	199
6.5.4 Ergebnisse	203
6.6 Zwischenfazit	212

Matthias Brachert

7. Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland	219
7.1 Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung in Deutschland aus räumlicher Perspektive im Zeitverlauf 1994–2017	219

7.1.1	Niveau- und Verlaufsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeindetypen bei Stimmenanteilen für CDU/CSU	222
7.1.2	Niveau- und Verlaufsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeindetypen bei Stimmenanteilen für die SPD	224
7.1.3	Niveau- und Verlaufsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeindetypen bei Stimmenanteilen für Die Linke	226
7.1.4	Niveau- und Verlaufsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeindetypen bei den Stimmenanteilen für die FDP	229
7.1.5	Niveau- und Verlaufsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeindetypen bei den Stimmenanteilen für Bündnis 90/Die Grünen	231
7.1.6	Niveauunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeindetypen bei den Stimmenanteilen für die AfD	233
7.2	Empirische Analyse der Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung und des Wahlverhaltens	234
7.2.1	Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung	234
7.2.2	Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017	235
7.2.3	Bestimmungsgründe der politischen Partizipation auf regionaler Ebene	239
7.2.4	Methodisches Vorgehen	245
7.2.5	Schätzergebnisse	246
7.3	Politische Partizipation in Deutschland – eine kombinierte Analyse von regionalen Strukturdaten und individuellen Einstellungsdaten	251
7.3.1	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	254
7.3.2	Bevorzugte Demokratieformen	256
7.3.3	Vertrauen in die politischen Institutionen	260
7.3.4	Das Ansehen von Politikern	265

7.3.5	Gerechtigkeitsempfinden	269
7.3.6	Nutzung von Formen politischer Partizipation	272
7.3.7	Nutzung von Online-Formen politischer Partizipation	277
7.3.8	Wahlbeteiligung und stabile Wählerpräferenz – räumliche Verteilungsmuster	283
7.4	Zwischenfazit	286

Jürgen Maier

8.	Mediennutzung und politische Partizipation in Ostdeutschland	291
8.1	Mediennutzung als politische Partizipation	291
8.2	Politikbezogene Mediennutzung in Ostdeutschland – eine Auswertung von Sekundärdaten für den Zeitraum 2009 bis 2017	294
8.3	Mediennutzungsmuster	296
8.3.1	Printmedien	296
8.3.2	Fernsehnachrichten und Mediennutzung, 2017	299
8.3.3	Internet und Mediennutzung, 2017	301
8.3.4	Soziale Medien	302
8.3.5	Mediennutzungstypen	303
8.3.6	Wichtigste Informationsquelle	306
8.4	Mediennutzung und politische Beteiligung im Internet und in sozialen Medien	307
8.5	Mediennutzung und konventionelle politische Partizipation	312
8.5.1	Mediennutzung und unkonventionelle politische Partizipation	316
8.5.2	Mediennutzung und politische Partizipation im Internet	317
8.6	Zwischenfazit	320

9. Zusammenfassung der Ergebnisse	323
10. Ein Ausblick: Wie bleibt die Demokratie in Deutschland stabil und lebendig? Mögliche Anleitungen zum Handeln	343
Literatur	349
Abbildungsverzeichnis	369
Tabellenverzeichnis	373
Autorinnen und Autoren	375

1. Einleitung

Die Frage, ob in Ostdeutschland politisch »die Uhren anders gehen«, beschäftigt Politik und Politikwissenschaft seit der Wiedervereinigung. Schien ein besonderer »Ostfaktor« in Gestalt der PDS und der ihr Erbe antretenden Partei »Die Linke« als ostdeutsche Regional- und Interessenpartei gut 25 Jahre lang im gesamtdeutschen Parteiensystem als eine berechenbare politische Größe aufgehoben, so zeigt das Ergebnis der Bundestagswahl von 2017 ein wieder deutlicher zwischen beiden Landesteilen »gespaltenes« Wahlverhalten.

Schon bei den 2014 und 2016 in Ostdeutschland abgehaltenen Landtagswahlen hatte sich der nachmalige Bundestrend abgezeichnet: Während die Linkspartei ihre ostdeutsche Hochburg in etwa halten konnte und die Grünen in den neuen Bundesländern weiterhin relativ schwach blieben, stieg ebendort, durch überdurchschnittlichen Wählerzuspruch beflügelt, mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) eine neue rechtspopulistische Protestpartei zur dritten Kraft im Bundestag auf.

Ob damit eine nachhaltige Umschichtung (»Dealignment«) des Parteiensystems der Bundesrepublik eingeläutet worden ist, steht noch dahin. Dennoch stellt sich von neuem die alte Frage: Gründet das asymmetrische Ost-West-Wahlverhalten in speziell ostdeutschen Motivlagen? Und lassen sich, außerhalb der Resultate allgemeiner Wahlen, im erweiterten Feld politischer Partizipation in Ostdeutschland Einstellungs- und Verhaltensmuster identifizieren, die sich von denjenigen im Westen der Republik unterscheiden?

Diese Fragen leiteten eine breit angelegte Untersuchung, deren Ergebnisse und Erkenntnisse mit diesem Buch vorgelegt werden.¹ Zunächst wird

¹ Die Untersuchung erfolgte im Auftrag des Arbeitsstabes für die neuen Bundesländer im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Sie begann im Oktober 2017 und wurde Ende Februar 2019 abgeschlossen. Der Projektbericht »Politische Partizipation in Ostdeutschland« ist abrufbar auf der Homepage des BMWi unter: <https://www.beauftragter-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/2019-05-07-hirte-politisches-engagement-ist-unterschiedlich.html>.

im anschließenden Kapitel 2 anhand einer exemplarischen Textanalyse der Wahlberichterstattung aufgezeigt, inwieweit das psychologische Momentum, das mit »Unzufriedenheit in Ostdeutschland« umschrieben wird, anlässlich der Ergebnisse der seinerzeit jüngsten Wahlen in Bund und Ländern als mediale Botschaft vermittelt worden ist. Im Anschluss an diese publizistische Momentaufnahme werden in Kapitel 3 für ausgewählte Indikatoren politischer Partizipation und Einstellungsmuster die Entwicklungslinien in Ost- und Westdeutschland als vergleichende Längsschnittanalyse im Zeitverlauf von 1990 bis zur Gegenwart nachgezeichnet. Kapitel 4 legt in Form eines Forschungsberichts umfassend dar, wie politisches Engagement bzw. die Bereitschaft dazu durch individuelle Lebensbedingungen (»Kontext«) beeinflusst werden. Sodann wird in Kapitel 5 herausgearbeitet, warum die Umbruchs- und Transformationserfahrungen in Ostdeutschland im Demokratieverständnis und in der politischen Partizipation bis heute nachwirken.

Kapitel 6 enthält eine auf eigenen aktuellen Umfragedaten basierende, theoriegeleitete und den östlichen wie den westlichen Teil des Landes vergleichende empirische Analyse politischer Partizipation in Deutschland. Hierfür wurden ausgewählte Variablen politischer Partizipation mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage erhoben. Dabei wurde die deutschlandweit vorgenommene Zufallsauswahl geschichtet nach Ost und West sowie nach den fünf Gemeindegrößenklassen (Großstädte, Mittelstädte, größere und kleinere Landstädte, Landgemeinden), um so auch eine kleinräumige Analyse auf der Ebene lokal gruppierter Einheiten zu ermöglichen.² Die in Kapitel 6 vorgestellte Auswertung der Umfragedaten belegt einen sich in Teilen der Bevölkerung abzeichnenden Bedeutungsverlust des repräsentativen Kerns der Demokratie: Gegenüber dem Begehren, Unzufriedenheit und Protest auszudrücken, tritt das Bemühen, eigene Interessen pluralistisch auszuhandeln und in der Regierungspolitik berücksichtigt zu sehen, erkennbar zurück.

Das Kapitel 7 gliedert sich in zwei Teile. Zunächst werden regionale Unterschiede politischer Partizipation vorgestellt, und zwar in Bezug auf die Wahlbeteiligung sowie auf Parteien entfallende Stimmenanteile, aufgeschlüs-

² Primärforschung: aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH; Erhebungsmethode: CATI (Computergestützte telefonische Interviews); Auswahlverfahren: Deutschlandweite Zufallsauswahl disproportional geschichtet nach Ost/West und 5 Gemeindegrößenklassen (Großstädte, Mittelstädte, größere und kleinere Landstädte, Landgemeinden); Grundgesamtheit: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren; Stichprobe: N=5 400 (disproportional geschichtet: 3 000 in Ost- und 2 400 in Westdeutschland); Feldphase: 19. Februar bis 3. Juli 2018.

selt nach Ortsgröße für Ost und West. Der Vergleich der Bundestagswahlen von 2017 und 2013 zeigt, dass die Wahlbeteiligung niedriger ausfällt in Regionen, wo die Zahl der im industriellen Sektor Beschäftigten und die Arbeitslosenquote höher liegen als im Bundesdurchschnitt. In einem zweiten Untersuchungsschritt wird insofern methodisch Neuland betreten, als regionale Strukturdaten und lokal erhobene Einstellungsdaten erstmals analytisch verknüpft werden. Dies erlaubt es, die Annahme eines »doppelten Transformationsschocks« und der politisch-psychologischen Effekte, die in unterschiedlich betroffenen Regionen damit einhergehen, empirisch zu verifizieren.

In Kapitel 8 wird untersucht, wie traditionelle und neue Medien der politischen Information dienen und welche Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und politischer Partizipation erkennbar sind. Hierfür werden Daten der deutschen Langzeit-Wahlstudie (German Longitudinal Election Study, GLES) herangezogen. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten, so ein Ergebnis, nur in geringem Maße auf. Kapitel 9 fasst wichtige Befunde der gesamten Studie in verdichteter Form zusammen. Kapitel 10 formuliert im Ausblick Schlussfolgerungen, die sich nach Einschätzung der Autor*innen ziehen lassen.

Das Manuskript für dieses Buch wurde im April 2019 abgeschlossen.

2. »Unzufriedenheit in Ostdeutschland« als medial vermittelte Botschaft

Aya Isabel Kleine und Rebekka Heyme

2.1 Vorbemerkung

Im Ergebnis der Bundestagswahl 2017 treten Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten in neuer Konstellation klar zutage: Während die beiden traditionellen Volksparteien, die Union und die SPD, im Osten jeweils mit einem Minus von rund sieben Prozentpunkten deutlich schwächer abschnitten als im Westen, fährt die Linkspartei in Ostdeutschland gut zehn Prozentpunkte mehr als in Westdeutschland ein. Die AfD schließlich kommt in den östlichen Bundesländern auf gut elf Prozentpunkte mehr als in den westlichen.¹

Dass diese Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten auch in der Wahlberichterstattung der Medien kommuniziert wurden, versteht sich mithin praktisch von selbst. Die Frage lautet jedoch: Wurde ein besonderer Tenor der Berichterstattung erkennbar, der speziell auf Unzufriedenheit als erklärendes Motiv für ostdeutsches Wahlverhalten abhebt?

In diesem Kapitel wird anhand aus Leitmedien (Print) ausgewählter Beispiele einer lebensweltlich »im Osten« ansetzenden Medienberichterstattung nach Wahltagen exemplarisch überprüft, ob die Annahme zutrifft, in den Medien werde die Botschaft einer »besonderen« ostdeutschen Unzufriedenheit als Erklärung des vom westdeutschen Muster abweichenden politischen Verhaltens vermittelt.

¹ Infratest dimap (2017): Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, Berlin.

2.2 Methodik und Vorgehensweise

Aufgrund ihrer (über)regionalen Strahlkraft, Auflagenhöhe und als Gewähr für eine möglichst breite publizistische Repräsentanz im Spektrum politischer Medienberichterstattung wurden folgende Printmedien ausgewählt: als überregional verbreitete Tageszeitungen die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die »Süddeutsche Zeitung«, »Die Welt«, und die »tageszeitung« (taz), als regionale Tageszeitungen »Der Tagesspiegel«, die »Sächsische Zeitung« und die »Mitteldeutsche Zeitung« sowie als Wochenzeitungen und -magazine »Die Zeit«, »Der Spiegel«, »Focus«, »Stern« und »SUPERillu«. Für die Untersuchung der »Unzufriedenheit in Ostdeutschland« als medial vermittelter Botschaft wurden die Ausgaben mit der Berichterstattung über die Ergebnisse der ostdeutschen Landtagswahlen von 2016 (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin) sowie der Bundestagswahlen von 2013 und 2017 einbezogen.²

Im nächsten Schritt wurden in den ausgewählten Ausgaben sämtliche Artikel ausgewählt, die den Begriff »Wahl« enthielten. Dann wurden diejenigen Artikel ausgeschlossen, in denen (1) der Terminus »Wahl« allgemein im Sinne einer Möglichkeit der Entscheidung und ohne Bezug zur allgemeinen politischen Wahl verwendet wird oder (2) der Terminus »Wahl« mit Bezug auf solche allgemeinen politischen Wahlen benutzt wird, die nicht Gegenstand unserer Analyse sind. Die Durchsicht ergab insgesamt 246 einschlägige Artikel, welche die Basis der inhaltlichen Auswertung sind.

2.3 Ergebnisse der inhaltlichen Auswertung

2.3.1 Schwerpunkte der Berichterstattung bei Bundestags- und Landtagswahlen 2013 bis 2017

Bezogen auf das Resultat der Bundestagswahl 2013 befassen sich die Texte insbesondere mit den Wahlergebnissen der Union (41,5 Prozent), der FDP, die mit 4,8 Prozent erstmals den Einzug in den Deutschen Bundestag ver-

² Materialgrundlage der Analyse sind bei den Wochenzeitungen jeweils die erste Ausgabe nach der betreffenden Wahl und bei den Tageszeitungen die Ausgaben vom Montag und Dienstag nach dem Wahlsonntag.

passte, sowie der AfD (4,7 Prozent), die an der Sperrklausel knapp scheiterte. Aus dem Wahlergebnis ergeben sich für die untersuchten Priesstitel Überlegungen zu möglichen Regierungskonstellationen, in diesem Fall über große und schwarz-grüne Koalitionen.

Bei der zeitnahen Berichterstattung über das Resultat der Bundestagswahl 2017 ist das Augenmerk der Presse wesentlich stärker als zuvor auf das Abschneiden der AfD gerichtet, die mit 12,6 Prozent drittstärkste Partei wird und erstmals in den Bundestag einzieht. Diesmal werden Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten publizistisch erkennbar herausgestellt.³

Kennzeichnend für die Berichterstattung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 ist der interregionale Vergleich mit den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.⁴ Außerdem wird der spektakuläre Wahlerfolg der AfD (24,3 Prozent) in Sachsen-Anhalt hervorgehoben und gedeutet.⁵

Ein Merkmal dieser Landtagswahl in einem ostdeutschen Bundesland, das durchwegs aufgegriffen wird, ist die gegenüber der vorherigen Landtagswahl um knapp zehn Prozentpunkte auf 61,1 Prozent erhöhte Wahlbeteiligung. Die Kommentatoren ziehen vielfach eine klare Verbindung zwischen dem Wahlerfolg der AfD und der gestiegenen Wahlbeteiligung.⁶

Die besondere Aufmerksamkeit der Presse gilt auch bei der Wahl des Schweriner Landtags am 4. September 2016 dem Abschneiden der AfD, die hier 20,8 Prozent der Zweitstimmen einfuhr und somit stärker als die Uni-

3 Jesse, Eckhard: Ein Weckruf fürs Land, in: SUPERillu, Nr. 40/2017; Praschl, Gerald: Wer im Osten die Nase vorn hatte, in: SUPERillu, Nr. 40/2017.

4 Rossmann, Robert: Hinter der Brandmauer, in: Süddeutsche Zeitung, 14.3.2016.

5 Ebd.

6 Otto, Ute: Ein Berg von Arbeit. Kreisvorsitzende der Parteien bewerten ihre Ergebnisse, in: Mitteldeutsche Zeitung, 15.3.2016; Adam, Torsten: Briefwahl-Vorsprung zu wenig. Favorit Jürgen Weigelt (CDU) wird am Wahltag noch klar abgefangen. Siegerin Sarah Sauer mann (AfD) liegt am Ende in jeder Gemeinde vorn, in: Mitteldeutsche Zeitung, 15.3.2016; Lukas, Julius: Meinungsforscher scheitern an AfD; Land bleibt ein demoskopisches Rätsel, in: Mitteldeutsche Zeitung, 15.3.2016; Bingener, Reinhard/Locke, Stefan: Die neue Macht im Osten. Die AfD erreicht in Sachsen-Anhalt ein Rekordergebnis. Haseloff steht vor einer schweren Partnersuche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.3.2016, Nr. 62, S. 6; Rada, Uwe: Wer ist immun gegen das AfD-Virus? Uwe Rada fragt nach den Folgen der Landtagswahlen für Berlin, in: taz, 15.3.2016; Deckers, Daniel: Das Beben im Parteiensystem, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2016, Nr. 63, S. 5; Bartsch, Michael: Am Rande der Unregierbarkeit. Sachsen-Anhalt CDU vorn. Kaum Aussicht auf Fortsetzung der Großen Koalition. AfD über 20 Prozent, in: taz, 15.3.2016; Praschl, Gerald: Viele Sieger, aber wer hat gewonnen? In: SUPERillu, Nr. 12/2016.

on geworden war. Zudem wird diese Wahl zwar in ihrer Bedeutung für das politische Geschehen auf der Bundesebene als gering eingeschätzt, in den hier ausgewählten Leitmedien jedoch als Signal für die zwei Wochen später stattfindende Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses interpretiert.⁷ Die Presseberichte zum Resultat der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. September 2016 rücken besonders die Koalitionsbildung in den Blick. Hier hatte sich schon während des Wahlkampfes eine Präferenz für ein rot-rot-grünes Bündnis angedeutet.⁸ Häufig wurde diese Berliner Wahl auch als Gradmesser für die Bundestagswahl betrachtet, die im folgenden Jahr stattfinden sollte.⁹ Für unsere Analyse von Interesse ist, dass das mediale Augenmerk auch der historischen Besonderheit der Teilung der nunmehrigen Bundeshauptstadt bis 1989 gilt. Einige Artikel beleuchten das Wahlverhalten der Berliner mit Blick auf eine wahlgeografische Spaltung, die sich entlang der Bezirksgrenzen zwischen dem ehemaligen Ost- und dem ehemaligen West-Berlin abzeichnet.¹⁰

2.4 Ostdeutschland als Thema der Wahlberichterstattung

Diejenigen Artikel, welche sich mit den Wahlergebnissen befassen, behandeln das Thema Ostdeutschland rund 25 Jahre nach der Wiedervereinigung erkennbar unterschiedlich. Dabei schälen sich vier Varianten von Wahlberichterstattung heraus, wie sie in den folgenden Teilkapiteln 2.4.1 bis 2.4.4 vorgestellt werden.

7 Nowakowski, Gerd: Steife Brise. Was das Ergebnis von Schwerin für die Berlin-Wahl in zwei Wochen bedeutet, in: *Der Tagesspiegel*, 5.9.2016, S. 6; Küpper, Mechthild: Die Linkspartei, die Linkspartei, die hat nicht immer recht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.9.2016, Nr. 208, S. 2.

8 Kröter, Thomas: Politischer Modellfall, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 19.9.2016.

9 Kamann, Matthias: Partei der Großstadt nur am Rand, in: *Die Welt*, 19.9.2016.

10 Heithecker, Marcus/Pauly, Marcel: So verrückt ist Berlin – Tierschützer schlagen Piraten. Die Stimmverteilung in der Hauptstadt offenbart jede Menge Auffälligkeiten, in: *Die Welt*, 20.9.2016; Poschardt, Ulf: Schlecht für die Stadt, in: *Die Welt*, 19.9.2016; Haverkamp, Lutz: Rot-Schwarz abgewählt, in: *Der Tagesspiegel*, 19.9.2016; Am Orde, Sabine/Hillenbrand, Klaus: Rechte sieht sich im Höhenflug. Die AfD-Spitze glaubt an eine Fortsetzung ihres Erfolgs bei der Bundestagswahl 2017, doch nur wenige Wähler haben die Partei aus Überzeugung gewählt, in: *taz*, 20.9.2016; Heidtmann, Jan: Berlin, die geteilte Stadt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.9.2016; Heimann, Peter: Gewonnen ist gewonnen – der schlechteste Wahlsieger aller Zeiten. *Sächsische Zeitung*, 20.9.2016.

2.4.1 Variante 1: ohne regionale Differenzierung

Diese Artikelgruppe mit Berichterstattung zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 enthält in nicht unerheblichem Umfang Artikel, in denen die Wahlergebnisse behandelt werden, ohne dass dabei regionale Differenzierungen erwähnt werden. Für die Bundestagswahl 2013 ist eine solche Ausblendung regionaler Unterschiedlichkeiten sehr viel häufiger zu konstatieren als bei der folgenden Wahl von 2017. Eine Erklärung dafür ist, dass sich 2017 anders als 2013 im Ergebnis bundesweiter Wahlen eine mögliche und vor allem ostdeutsch lokalisierte Umschichtung des Parteiensystems (»Dealignment«) abzeichnete. Am Profil der Berichterstattung wird allerdings auch deutlich, dass die bereits vier Jahre zuvor auftretenden regionalen Unterschiede im Wahlverhalten von Ost und West erst 2017 gleichsam nachholend aufgegriffen werden.

2.4.2 Variante 2: deskriptive Erwähnung (sub)regionaler räumlicher Einheiten

In einer weiteren Gruppe von Artikeln sind regionale Raumbezüge durchaus ein Thema. So ist etwa von dem Stammland einer Partei die Rede, oder es werden Stimmenanteile einer Partei in unterschiedlichen Bundesländern oder Kreisen gegenübergestellt oder für eine subnationale regionale Einheit ein Vergleich der Ergebnisse verschiedener Parteien vorgenommen. Als solche (sub)regionalen räumlichen Einheiten werden in der Berichterstattung Ost- und Westdeutschland aufgeführt, ferner einzelne Bundesländer, Kreise und mitunter auch Stadtquartiere.¹¹

Im Unterschied zur noch vorzustellenden dritten Gruppe von Artikeln steht hier nicht die Erklärung regionaler Unterschiede im Vordergrund, obgleich diese anders als bei der Berichtsvariante 1 für Leser immerhin implizit deutlich werden. Beispielhaft dafür stehen solche Artikel, in denen tabellarisch oder grafisch die Wahlergebnisse der Parteien nach Bundesländern, nach Wahlkreisen¹² oder nach Wahlbezirken dokumentiert sind.

11 Sturm, Daniel Friedrich: Die großen Verlierer sind die anderen, in: Die Welt, 26.9.2017.

12 Wahl 2017, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.2017, S. 9; Sturm, Daniel Friedrich: Die großen Verlierer sind die anderen, in: Die Welt, 26.9.2017.

2.4.3 Variante 3: inhaltliche Reflexion regional unterschiedlicher Wahlergebnisse

Eine dritte Gruppe von Artikeln erwähnt nicht allein regionale Wahlergebnisse, sondern setzt sich mit dem Faktor Region inhaltlich auseinander. Wählt die Bevölkerung im Osten anders als im Westen? Das ist eine zentrale Frage, der in solchen Artikeln nachgegangen wird.¹³

Dieser Frageansatz ist allerdings nur bei der Analyse von Bundestagswahlen sinnvoll, weil nur hier in allen Bundesländern zum gleichen Zeitpunkt und im Gegensatz zu zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen unter länderübergreifend gleichen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland gewählt wird.

Besonders häufig finden sich solche Artikel in hier herangezogenen regionalen Tageszeitungen. Dabei stehen einerseits die Vorstellung der (neugewählten) Bundestagsabgeordneten¹⁴ und zum anderen die Darstellung und Kommentierung lokaler Wahlergebnisse¹⁵ im Vordergrund.

2.4.4 Variante 4: Wahlergebnisse der Protestpartei AfD im Osten Deutschlands

Eine vierte Gruppe von Artikeln geht speziell auf das Wahlergebnis der AfD mit Blick auf deren unterschiedlichen Erfolg in beiden Landesteilen bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 ein.

»In Sachsen stieg die AfD bei der Wahl am Sonntag mit 27 Prozent zur stärksten Partei auf, knapp vor der CDU. Das markiert den Übergang in eine neue, eine von rechts und aus dem Osten bewegte, ja in Teilen erschütterte Republik. Bundesweit wurde die Bannerträgerin der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und der Islamophobie drittstärkste Kraft, in den ostdeutschen Ländern mit mehr als 20 Prozent gar zur zweitstärksten. Eine neue Spaltung – exakt entlang der alten Grenze. Sie verändert, sie verzerrt das Gesicht Deutschlands.«¹⁶

13 Thadden, Elisabeth von: Wessen Freiheit darf es sein? In: Die Zeit, 28.9.2017; siehe auch Breher, Silvia: Sieger und Verlierer in den Wahlkreisen, in: Die Welt, 26.9.2017.

14 Fricke, Maria: TU-Professor über AfD-Landesliste im Bundestag, in: Sächsische Zeitung, 26.9.2017.

15 O. Verf.: Gewinner und Verlierer, in: Mitteldeutsche Zeitung, 26.9.2017; Günther, Albrecht: Einstige Hochburg wankt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 26.9.2017.

16 Jörges, Hans-Ulrich: Dresdener Republik, in: Stern, 28.9.2017.

Es finden sich zwar auch Artikel, die diesen Sachverhalt in seiner Genese ohne Rückgriff auf Ost-West-Unterschiede behandeln oder relativieren.¹⁷ Während 2013 in der Nachwahlberichterstattung noch in geringem Maße auf die regional unterschiedlichen Wahlergebnisse eingegangen wird,¹⁸ sind 2017 Artikel seltener, die ohne solche differenzierenden Verweise auskommen.¹⁹ In einigen Artikeln, welche auf die höheren Stimmenanteile der AfD im Osten des Landes hinweisen, werden diese Unterschiede insofern abgeschwächt, als auch westdeutsche Regionen mit besonders hohen AfD-Stimmenanteilen erwähnt werden. Außerdem werden nur für die Partei Die Linke ähnlich wie für die AfD Ost-West-Unterschiede zur Erklärung der Wahlergebnisse herangezogen.²⁰ Die Wähleranteile der traditionellen Volksparteien werden meist ohne regionale Bezüge im Licht bundesweiter Abwärtstendenzen beleuchtet.²¹

Bei der Berichterstattung der Landtagswahlergebnisse der AfD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern kann naturgemäß kein Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Wählern vorgenommen werden. Im Fall der Berliner Abgeordnetenhauswahl hingegen werden – wie oben beschrieben – die ehemals Ost- und Westberliner Bezirke zum Teil gesondert betrachtet.

17 Gerwien, Tilman: Das Beben, in: Stern, 28.9.2017; Gauselmann, Kai: Der Osten hat sich nicht verwählt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 26.9.2017.

18 Ausnahme zum Beispiel die Erwähnung, dass die AfD in Ostdeutschland mit 6,8 Prozent bereits 2013 in den Bundestag eingezogen wäre: O. Verf.: Die schwarze Jubelnacht und der gelbe Albtraum, in: SUPERillu, 40/2013.

19 Wehner, Markus: Die Jagd ist eröffnet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.9.2017; Jesse, Eckhard: Ein Weckruf fürs Land, in: SUPERillu, 40/2017.

20 Bannas, Günter: Grenzen der merkelschen Normalität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.2017; Leubecher, Marcel: Oppositionsführung verloren, in: Die Welt, 25.9.2017; o. Verf.: Die schwarze Jubelnacht und der gelbe Albtraum, in: SUPERillu, 40/2013.

21 Jesse, Eckhard: Ein Weckruf fürs Land, in: SUPERillu, 40/2017.